

**Jürgen Trittin** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!  
Verehrte Bundeskanzlerin! Manchem  
Anfang wohnt ja ein Zauber inne.

(Otto Fricke (FDP):  
Manche entdecken  
ihn, manche nicht!)

Aber für Sie als Bundeskanzlerin ist das  
hier eben kein Anfang, sondern der zweite  
Aufguss, und so war auch Ihre  
Regierungserklärung.

(Beifall beim  
BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN sowie bei  
Abgeordneten der  
SPD)

Schwarz-Gelb fängt nicht neu an, sondern  
versucht, wenn ich Frau Homburgers  
Ausführungen richtig verstanden habe,  
eigentlich eher, bei dem wieder  
anzuknüpfen, wofür 1998 Helmut Kohl  
abgewählt worden ist.

(Beifall beim  
BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Aber dafür, dass Sie hier nur als Revival-  
Band angetreten sind, war dieser Anfang  
doch reichlich holprig.

(Beifall bei  
Abgeordneten des  
BÜNDNISSES  
90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Sie haben dem Wort „Fehlstart“, wie ich  
finde, eine völlig neue Interpretation  
gegeben. Wann hatten wir jemals eine  
Regierung, die schon vor Abgabe der  
Regierungserklärung durch die Kanzlerin  
eine Kabinettsklausur ansetzen musste,  
um sich darüber zu verständigen, was sie  
in ihrem Koalitionsvertrag vor gerade  
einmal zehn Tagen aufgeschrieben hatte?

(Beifall beim  
BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN sowie bei  
Abgeordneten der  
SPD und der  
LINKEN)

Nun ist es nicht verwunderlich,  
dass Sie damit Probleme haben. Denn  
dieser Koalitionsvertrag behauptet zwar,  
Mut zur Zukunft zu unterstreichen; aber  
wenn man ihn durchblättert und liest, stellt  
man fest: In allen Bereichen finden sich  
Hinweise auf neue Kommissionen, und er  
enthält über 84 Prüfaufträge. „Mut zum  
Prüfauftrag“, das hätten Sie über Ihren  
Koalitionsvertrag schreiben sollen.

(Beifall beim  
BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN sowie bei  
Abgeordneten der  
SPD)

Da muss man sich nicht wundern,  
wenn ein Streit in den eigenen Reihen  
ausbricht. Aber diesen Streit haben Sie,  
Frau Merkel, mit Ihrer  
Regierungserklärung zu überspielen  
versucht. Das dreisteste Stück darin fand  
ich Ihre Passage zu Opel, in der Sie uns  
diesen Vorgang als Erfolg zu verkaufen  
versucht haben. Ihnen muss es doch in  
den Ohren geklungen haben, als Sie vom  
Capitol Hill herunterkamen und aus der  
Presse erfahren haben, wie gewichtig  
diese Kanzlerin von den Amerikanern  
eingeschätzt wird, nämlich: Man muss auf  
Ihre Meinung nichts geben. Daher konnte  
sich ein staatseigener Betrieb wie GM mit  
Blick auf den Verkauf von Opel anders  
entscheiden, ohne Sie vorher zu fragen.  
Sie sind ein politisches Leichtgewicht. Das  
wurde durch die Entscheidung von GM  
bewiesen.

(Beifall beim  
BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN sowie bei  
Abgeordneten der  
LINKEN - Lachen bei  
der CDU/CSU -

Volker Kauder  
(CDU/CSU): Das ist  
ja kasperhaft, was  
Sie da aufführen!

- Herr Kauder, das mit dem Kasper nehme  
ich gerne entgegen. Ich habe schon  
verstanden.

Sie müssen eines berücksichtigen:  
Wir werden Ihnen nicht durchgehen  
lassen, im Wahlkampf und auch hier das  
eine oder andere versprochen zu haben,  
dann aber das Gegenteil zu machen.  
Wenn man sich anschaut, was Sie im  
Wahlkampf mit Blick auf drei Bereiche  
versprochen haben, dann muss man  
feststellen, dass diese Koalition schlicht  
und ergreifend mit dreifachem **Wortbruch**  
beginnt.

Erstens. Sie haben den Menschen  
in diesem Lande erklärt, es gebe künftig  
**mehr Netto vom Brutto**.

(Volker Kauder  
(CDU/CSU): Genau!)

Das stimmt für einen bestimmten  
Personenkreis, nämlich für den, der über  
sehr hohe Einkommen verfügt. Was ist  
aber mit denjenigen, die zum Beispiel als  
Normalverdiener künftig eine  
Kopfpauschale für die Pflegeversicherung  
zahlen müssen? Was ist mit denjenigen,  
die als Normalverdiener künftig eine  
Kopfpauschale für die  
Krankenversicherung zahlen müssen?  
Was ist mit all denjenigen Bürgerinnen  
und Bürgern, die, weil Sie an der  
Mehrwertsteuer ohne Ende  
herumschrauben, künftig höhere  
Müllgebühren und höhere  
Abwassergebühren zahlen müssen? All  
diese werden weniger Netto vom Brutto  
haben. Das ist die Wahrheit, und das ist  
der Wortbruch, den Sie begangen haben.

(Beifall beim  
BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN sowie bei  
Abgeordneten der  
SPD und des Abg.  
Oskar Lafontaine  
(DIE LINKE))

Sie haben sich hier in wechselnden  
Formulierungen mal zur Mitte, mal zur  
bürgerlichen Mitte und mal zur christlichen  
Mitte bekannt. Ich sage Ihnen: Diese  
Politik trifft das bürgerliche Lager der  
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie  
trifft das durchaus bürgerliche Lager der  
Geringverdiener. Sie trifft das bürgerliche  
Lager der Mehrheit der Bevölkerung. Sie  
sind in diesem Sinne nicht bürgerlich. Sie  
haben schlicht und ergreifend nur die  
Interessen der - um ein sehr  
altertümliches Wort zu gebrauchen -  
Bourgeoisie, aber nicht der Bürger in  
diesem Lande im Kopf.

(Beifall beim  
BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN und bei  
der SPD sowie bei  
Abgeordneten der  
LINKEN - Zurufe von  
der CDU/CSU: Oh! -  
Volker Kauder  
(CDU/CSU): Jetzt  
kommt der  
maoistische  
Klassenkämpfer!)

Zweitens. Ich habe noch in den  
Ohren, wie Sie, Frau Merkel, erklärt  
haben, es gebe mit Ihnen keine  
**Steuersenkungen auf Pump**. Das war  
Ihre Wahlaussage. Heute erklären Sie  
hier: Dieses Wahlversprechen vergessen  
wir; wir setzen voll auf Pump. - Sie legen  
einen Haushalt vor, in dem Sie bis 2013  
mindestens 24 Milliarden Euro einsparen  
wollen, und das bei einer  
Neuverschuldung im gleichen Zeitraum  
von 455 Milliarden Euro. Das ist völlig  
verantwortungslos. Die Rechnung haben  
die Kommunen und die Kreise in unserem  
Land zu zahlen. Allein aufgrund Ihres  
heutigen Maßnahmenpakets fehlen den  
Kreisen und den Kommunen  
3,6 Milliarden Euro.

(Beifall beim  
BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN sowie bei  
Abgeordneten der  
SPD)

Es ist nicht nur verantwortungslos, sondern auch völlig wirkungslos. Denn Steuersenkungen in dieser Form haben noch nie zu Wachstum geführt - außer auf den Konten der Besserverdienenden. Gesamtwirtschaftliches Wachstum ist damit noch nie angestoßen worden.

(Beifall beim  
BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN sowie bei  
Abgeordneten der  
SPD)

Drittens. Der Höhepunkt ist das Gesetz, das Sie hier vorgestellt haben, das **Wachstumsbeschleunigungsgesetz**. Da legen Sie uns zur Wachstumsbeschleunigung die Maßnahme vor, dass künftig die Erbschaftsteuer für Geschwister gesenkt werden soll. Nun kann man darüber so oder so denken. Aber, liebe Frau Homburger, können Sie mir einmal erklären, was das mit Wachstum zu tun haben soll? Schneller sterben für mehr Wachstum, oder was soll das sein, was Sie uns an dieser Stelle hier vorlegen? Das kann doch nur jemand aus Ihrem Gewerbe an dieser Stelle denken.

(Beifall beim  
BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN sowie bei  
Abgeordneten der  
SPD - Widerspruch  
bei der CDU/CSU  
und der FDP)

Sie erledigen mit diesem Gesetz auch gleich ein weiteres Versprechen, das die Kanzlerin an dieser Stelle in der Regierungserklärung heute wiederholt hat. Sie plädieren - ich zitiere - für ein einfacheres, für ein gerechteres Steuersystem.

(Zurufe von der FDP:  
Und niedriger!)

- Und ein niedrigeres Steuersystem. - Das haben Sie proklamiert.

Was legen Sie uns vor? Sie legen uns einen Gesetzentwurf vor, mit dem der Ausnahmetatbestand, was den ermäßigten Mehrwertsteuersatz betrifft, auf das Hotel- und Gaststättengewerbe ausgeweitet werden soll. Dies gilt dort aber nicht für jeden Bereich, sondern nur für Übernachtungen. Davon ausgenommen sind das Hotelfrühstück und der Besuch der Sauna im Hotel. Das ist kein einfacheres Steuerrecht, das ist ein komplizierteres Steuerrecht. Das ist nicht einfach, niedrig und gerecht, sondern kompliziert, bürokratisch und ungerecht. Das ist Ihre Politik.

(Beifall beim  
BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN sowie bei  
Abgeordneten der  
SPD)

Herr Westerwelle hat im Wahlkampf versucht, den Eindruck zu erwecken, dass die FDP nicht mehr die Partei der Besserverdienenden sei. Man habe jetzt auch ein soziales Herz entdeckt; und so zog die Wärme in die liberalen Stuben ein.

(Heiterkeit beim  
BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN - Otto  
Fricke (FDP): Unsere  
Wärme kommt von  
Herzen!)

Schauen wir uns einmal an, was Sie uns vorlegen. Sie schlagen die Erhöhung des Schonvermögens von Hartz-IV-Bezieherinnen vor.

(Beifall bei  
Abgeordneten der  
FDP)

Das heißt, Sie korrigieren den Unsinn, den Ministerpräsidenten aus CDU- und FDP-geführten Ländern im Bundesrat durchgesetzt haben.

(Beifall beim  
BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN und bei  
der SPD)

Dass Sie das tun, ist richtig. Ich lobe Sie dafür.

Jetzt machen Sie sich aber einmal klar, wie weit diese neue soziale Wärme reicht. Sie betrifft 11 000 von 5,5 Millionen Anträgen auf Bezug von Arbeitslosengeld II.

(Zuruf vom  
BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN:  
Donnerwetter! - Otto  
Fricke (FDP): Uns  
sind diese 11 000  
nicht egal!)

Sie betrifft 0,2 Prozent der Bedürftigen in diesem Lande. 99,8 Prozent der Armen gehen bei Ihrer Politik schlicht und ergreifend leer aus. So viel zur sozialen Wärme Ihrer Koalition.

(Beifall beim  
BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN sowie bei  
Abgeordneten der  
SPD und der  
LINKEN)

Ein zweites Symbol Ihrerseits ist: mehr Geld für Kinder. Man kann das einfach durchrechnen: Der Steuerfreibetrag für Kinder führt in Haushalten, die den Spitzensteuersatz zu zahlen haben, zu einer Entlastung von 443 Euro pro Kind und Jahr. Für Normalverdiener, die Kindergeld bekommen, sind es 240 Euro mehr. Für 1,8 Millionen Kinder im Wedding, in Köln, in den ostdeutschen Ländern usw. bedeutet diese Maßnahme: Sie bekommen gar nichts. Dazu sage ich Ihnen: Reiche Kinder mit 443 Euro und Mittelstandskinder mit 200 Euro zu belohnen und die ärmsten Kinder leer ausgehen zu lassen, das ist weder eine Politik der Mitte noch eine Politik, die sich christlich nennen kann. Das ist soziale Kälte, das ist gemein und kaltherzig. Das ist Ihre Koalition.

(Beifall beim  
BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN, bei der  
SPD und der  
LINKEN - Hellmut  
Königshaus (FDP):  
Wer hat denn  
Hartz IV eingeführt?)

Damit man diese Klientelpolitik für Besserverdienende durchsetzen kann, für all das hat die FDP alle anderen Inhalte geopfert: Die Abschaffung der Wehrpflicht findet nicht statt. Die Abschaffung der Onlinedurchsuchung findet nicht statt. Die Abschaffung des Entwicklungshilfeministeriums - dies ist eine falsche Forderung - findet nicht statt. Dirk Niebel ist jetzt sein eigener Abwicklungsminister.

(Beifall beim  
BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN sowie bei  
Abgeordneten der  
SPD und der  
LINKEN - Volker  
Beck (Köln)  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN):  
Idealbesetzung!)

Der Vizekanzler hat auf der Pressekonferenz zur Vorstellung des Koalitionsvertrages gesagt, die Entscheidung für Dirk Niebel sei gut. Jetzt werde zumindest keine Nebenaußenpolitik gemacht. Auch das ist schon widerlegt worden. Herr Niebel hat in der *Bild*-Zeitung das Ende der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit China verkündet. Man kann in der Sache über diese Frage streiten. Aber dass man einem der wichtigsten Partner im G-20-Prozess, einem Land, auf das man angewiesen sein wird, wenn man in Kopenhagen einen Verhandlungserfolg erreichen will, den Abbruch der wirtschaftlichen Zusammenarbeit nicht mal kurz per *Bild*-Zeitung verkündet, sollte auch einem außenpolitischen Anfänger klar sein.

(Beifall beim  
BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN, bei der  
SPD und der  
LINKEN - Zurufe  
vom  
BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN: Bravo!)

Die vierte Herausforderung ist ein **sparsamer und nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen**. Dafür müssen Sie keine Laufzeiten verlängern. Aber dafür dürfen Sie auch kein neues Fenster für die Nutzung von Kohle öffnen. Wenn Sie die bestehende Überlast aus Atomstrom und Kohlestrom, die schon heute dazu führt, dass wir Windparks abschalten müssen, in unseren Stromnetzen erhöhen, dann sorgen Sie nicht für mehr erneuerbare Energien, sondern dann bremsen und blockieren Sie den Ausbau der erneuerbaren Energien. Deswegen ist das, was Sie in diesem Lande energiepolitisch vorhaben, ein Anschlag auf den Klimaschutz und auf einen verantwortlichen Umgang mit Ressourcen.

(Beifall beim  
BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN sowie bei  
Abgeordneten der  
SPD und der  
LINKEN)

Nein, meine Damen und Herren, Sie sind den Herausforderungen nicht gerecht geworden. Kluge Wirtschaftspolitik heißt in diesen Zeiten, dafür zu sorgen, dass in Klima, Bildung und Gerechtigkeit investiert wird. Diese Herausforderung haben Sie nicht gemeistert. Stattdessen entlasten Sie die Industrie überall dort, wo sie eigentlich zu Effizienz und Ressourceneinsparung gebracht werden soll. Genau dieser Stimulus fällt in Ihrer Koalitionsvereinbarung völlig unter den Tisch. Deswegen sage ich Ihnen: Sie sind da nicht glaubwürdig.

Sie sind auch nicht glaubwürdig beim **Subventionsabbau**. Nicht eine

einzig umweltschädliche Subvention schaffen Sie ab; das Volumen beträgt in diesem Lande 42 Milliarden Euro. Stattdessen diskutieren Sie über die Einführung neuer Subventionen. Schöne staatsferne Liberale sind Sie, liebe Kollegin Homburger!

(Beifall beim  
BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir brauchen nicht leere Wachstumsversprechen, wir brauchen Investitionen in Klima, Bildung und Gerechtigkeit. Aber wir werden dies nicht mit einer Regierung schaffen, die für sich selber nur ein Rezept hat, nämlich auf die veralteten wirtschaftspolitischen Rezepte der 90er-Jahre zu setzen. In Ihrer Koalitionsvereinbarung ist kein roter Faden zu erkennen, sieht man von den roten Zahlen neuer Schulden ab. Das müssen wir hier unter dem Strich feststellen.

Sie haben es geschafft - dafür haben Sie mein Kompliment, liebe Frau Merkel -, im Schlafwagen an die Macht zu kommen.

(Zurufe von der  
CDU/CSU: Oh! -  
Renate Künast  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN): Zitat  
Westwelle!)

- Jetzt darf man nicht einmal mehr Komplimente machen; das verstehe ich gar nicht. - Nun sind Sie im Zug angekommen. Sie haben den Zug gekapert und geben sich zu erkennen: Ihre Lok fährt mit Kohle- und Atomstrom, die hinteren Waggons werden abgekoppelt, in der zweiten Klasse fällt die Heizung aus, im Bistrowaggon steigen die Preise, aber dafür werden in der ersten Klasse Graticocktails serviert. Das ist Schwarz-Gelb auf einen Satz gebracht.

(Lebhafter Beifall  
beim BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN -  
Beifall bei der SPD  
und der LINKEN)